

## Schutz vor Investoren dringender denn je!

Auf dem Tag der Landwirtschaft in Thüringen wird über das geplante Agrarstrukturgesetz diskutiert

Thüringen auf dem Weg zum ersten Agrarstrukturgesetz“ war der Titel des Tags der Landwirtschaft der AbL Thüringen Anfang Februar in Holzdorf bei Weimar. Allerdings wurde schnell deutlich, dass dieser Weg noch sehr holprig ist. So hatte die angekündigte thüringische Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft, Susanna Karawanskij (Linke), ihre geplante Beteiligung kurzfristig abgesagt – nach Auskunft einer Ministeriumssprecherin, weil der Gesetzesentwurf aktuell noch in anderen Ministerien besprochen werde und es noch keinen Kabinettsbeschluss gebe. Damit wird das enge Zeitfenster für die Verabschiedung des Gesetzes weiter reduziert. „Jeder Monat Verzögerung bedeutet weitere unwiederbringlich verlorene Betriebe“, so die Einschätzung von Reiko Wöllert, thüringischer Bauer im AbL-Bundesvorstand. „Insider berichten, dass Aldi schon wieder auf Einkaufstour in Thüringen ist. Stoppen könnte dies nur ein starkes Agrarstrukturgesetz. Die lebhafteste Diskussion mit den anwesenden Mitglie-

dern des Landtages heute zeigte uns zum Glück, dass dieses Problem in der Politik angekommen ist und ein starker Wille zur Veränderung besteht – dies macht Hoffnung.“ Ganz konkret allerdings ist ein positives Ergebnis von der im kommenden Jahr anstehenden Landtagwahl und dem beginnenden Wahlkampf bedroht. Das machte auch schon die Diskussion zwischen dem Vertreter der Linken, dem Fraktionsvorsitzenden Steffen Dittes, und dem landwirtschaftlichen Sprecher der FDP-Fraktion Dirk Bergner deutlich. Einvernehmen bestand darin, dass es für die Art und Qualität von Landwirtschaft eine politische Verantwortung gebe. Vor allem die Nachfolge und Übergabe seien jetzt zu begleiten und weitere Verkäufe an außerlandwirtschaftliche Investoren zu verhindern. Diese immer weiter voranschreitenden Landkonzentrationen kritisierte Gesine Langlotz von der jungen Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (jAbL) und stellte einen Zusammenhang zwischen der physischen Größe von Betrieben

bzw. von Besitz und der Machtfrage her. Das, so Langlotz, sei auch eine für die Demokratie zentrale Frage. Auf der von mehr als 100 Interessierten besuchten Veranstaltung ging es zudem um die gemeinwohlorientierte Verpachtung von öffentlichem Land und

die in Thüringen und Sachsen neu eingeführten Existenzgründerprämien. Parallel hierzu wurde ein Anhänger zur teilmobilen Schlachtung vorgestellt. Das Essen für das Mittagsbuffet stammte von den AbL-Höfen. *mm*



Steffen Dittes von der Linken erklärt den wenig erfreuten Zuhörern warum das Agrarstrukturgesetz doch noch nicht kommt  
Foto: Güdde

## Widerstand und Selbsthilfe

Das alte Motto bekam bei der AbL Rheinland-Pfalz und Saarland vielfach neue Bedeutung

Die diesjährige Mitgliederversammlung (MV) der AbL Rheinland-Pfalz und Saarland fand auf dem Wahlbacherhof im südwestpfälzischen Contwig statt. Auf dem Gemischtbetrieb, der sich hauptsächlich durch die Solidarische Landwirtschaft finanziert und von Marlene Herzog und Marc Grawitschky bewirtschaftet wird, fanden sich mehr als 30 Menschen zur MV ein. Neben Bäuerinnen und Bauern und Mitmachenden der Solawi konnte die AbL auch einige interessierte Vertreter und Vertreterinnen der örtlichen Politik von SPD, CDU und den Grünen bei der MV begrüßen. Es gab einen regen Austausch zum Thema Bodenversiegelung durch außerlandwirtschaftliche Investoren. In den Fällen zweier bäuerlicher Betriebe stehen Flächen zum Verkauf, die entweder nah an bewirtschaftbare Flächen angrenzen oder direkt nutzbar und kostbar für den Betrieb sind. In beiden Fällen befürchten

die Landwirte, nicht kaufen zu können, da Investoren, die die Flächen als Wohnungs- und Gewerbegebiet nutzen wollen, höhere Summen zahlen können. Die AbL ruft zu Zusammenschlüssen auf, um breitenwirksamen Widerstand leisten zu können.

AbLer Franz Botens stellte den Antrag, im Zusammenhang mit den EU-Pestizid-Reduktionsplänen eine wissenschaftliche Untersuchung der Belastung durch Pestizidrückstände in großen Naturschutzgebieten zu unterstützen. Die Erkenntnisse hieraus können die zielgenaue Anwendung von Pflanzenschutzmitteln ermöglichen, um eine Abdrift in die Umwelt zu vermeiden, und somit die Biodiversität fördern. Die AbL Rheinland-Pfalz und Saarland unterstützt dieses Vorgehen und leistet einen finanziellen Zuschuss.

### Neue Gentechnik

„Risikotechnologie oder Wundermit-

tel? Bäuerliche Argumente und Fakten zur aktuellen Diskussion“ – unter diesem Titel referierte Annemarie Volling, AbL-Gentechnikexpertin. Neue Gentechnologien, wie z. B. das CRISPR/Cas-Verfahren, werden trotz der nach wie vor ablehnenden Haltung der Bevölkerung von Konzernen und einzelnen Regierungen vorangetrieben. Die EU-Kommission bereitet einen Gesetzesvorschlag zur Aufweichung des EU-Gentechnikrechts und eine Beseitigung oder Abschwächung der Kennzeichnungs- und Haftungsregeln vor. Hinzu kommt die neue „Patentierungswelle“ auf Pflanzen und Tiere, insbesondere auch auf konventionell gezüchtete. Das Europäische Patentamt, so Volling, habe jüngst den Einspruch gegen ein umstrittenes Patent von Syngenta (Chemchina) auf konventionell gezüchtete Paprika abgelehnt. Der Agrochemie-Konzern beansprucht eine natürlich entstandene Resistenz gegen den

Pflanzenschädling Weiße Fliege als angebliche Erfindung für sich. Selbst die KWS spreche von einem Patentschlingel. Das Risiko, in der Züchtung Patente zu verletzen, sei sehr hoch. Sowohl die Einführung neuer Gentechnologien als auch die Vergabe von Patenten schränken die Wahlfreiheit von Bäuerinnen und Bauern sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern auf der ganzen Welt ein. Wir brauchen eine Transparenz der gesamten Wertschöpfungskette, damit gentechnikfreier Anbau überhaupt noch möglich ist. Kontamination muss verhindert werden können. Die Kosten müssen die Anwender tragen und nicht die, die es nicht anwenden wollen. Das sind die Forderungen der Bauern und Bäuerinnen der AbL.

*Marlene Herzog, Bio-Bäuerin und Landesvorsitzende der AbL-Rheinland-Pfalz und Saarland*